

## 01) Deutsche Geheimdienste verstärken den Druck auf Patrioten

Von Lionel Baland

11. 05. 2021



Foto: Pixabay

Deutschland ist eine föderale Republik, die aus sechzehn Bundesländern besteht. Jedes von ihnen hat ein Amt für Verfassungsschutz. [Der Zweck dieser Büros ist es, politische Organisationen zu überwachen, die nicht den Erwartungen des bestehenden politischen Regimes entsprechen.](#) Auch auf Bundesebene gibt es ein Amt für Verfassungsschutz (BfV).

In den letzten Tagen wurden verschiedene Organisationen unter Beobachtung gestellt: Querdenker, PEGIDA und der Internetblog PI-News.

### **Querdenker**

Querdenker ist eine sehr heterogene Bewegung, die im April 2020 entstanden ist und die Anti-Koronavirus-Maßnahmen der christdemokratischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für undemokratisch hält.

Ende April 2021 stellte das Bundesamt für Verfassungsschutz fest, dass Demonstrationen gegen Anti-Corona-Maßnahmen seit einem Jahr unter Beobachtung stehen: „Legitime Proteste und Demonstrationen gegen die Corona-Politik werden in letzter Zeit zunehmend instrumentalisiert und eskaliert.“ Demokratische Institutionen werden in einer sicherheitsgefährdenden Weise delegitimiert und missachtet. „Unter den Bewegungen, die Kundgebungen organisieren und ins Visier der Überwachung geraten, ist Querdenker die prominenteste. Laut Verfassungsschutz suchen Querdenker und andere Verbindungen zu

rechtsextremen Kreisen, rufen zur Missachtung behördlicher Entscheidungen auf und verbreiten Verschwörungstheorien, was als Katalysator wirkt und darauf abzielt, das Vertrauen in staatliche Institutionen „nachhaltig zu untergraben“.

Der Bundesinnenminister, der bayerische Sozialchrist Horst Seehofer (CSU), fordert eine Überwachung, um „den Rechtsstaat und die Bevölkerung vor Extremisten zu schützen“.

## **PEGIDA**

PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) ([www.pegida.de/](http://www.pegida.de/)) ist eine Bewegung, die oft montags in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden eine Kundgebung gegen die Islamisierung organisiert. Die seit 2014 aktive PEGIDA wird nun vom sächsischen Verfassungsschutz als „nachweislich extremistisch orientiert“ eingestuft, wobei er mitteilt, dass es mittlerweile genügend Anhaltspunkte dafür gibt, dass sich PEGIDA über die Jahre zu einer verfassungsfeindlichen Bewegung entwickelt hat. Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer zunehmenden verbalen und ideologischen Radikalisierung.

Die Protagonisten und Akteure von PEGIDA können nun offiziell mit geheimdienstlichen Methoden wie dem Abhören von Telefonen und dem Mitlesen von E-Mails sowie der Infiltration durch Spione überwacht werden.

Der Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes, Dirk-Martin Christian, stellt klar, dass zwar PEGIDA sowie Personen und Aktivitäten, die mit dieser Organisation in Verbindung stehen, überwacht werden, friedliche Teilnehmer an PEGIDA-Kundgebungen, die ihr Grundrecht auf Meinungsäußerung wahrnehmen, jedoch nicht überwacht werden

## **PI-News**

Wenige Tage zuvor hatte der Spiegel enthüllt, dass der Blog zur Bekämpfung der Islamisierung Politically Incorrect (PI-News) ([www.pi-news.net/](http://www.pi-news.net/)) unter Beobachtung steht und als „erwiesenermaßen extremistisch“ eingestuft wird.

Einer der Stammautoren der Seite, Michael Stürzenberger, steht seit mehreren Jahren unter Beobachtung. Er hatte die Unterschriftensammlung gegen den Bau eines großen islamischen Zentrums in der bayerischen Landeshauptstadt München organisiert, ist regelmäßiger Redner bei PEGIDA-Kundgebungen in Dresden oder PEGIDA-Ablegern in Nordrhein-Westfalen oder Nürnberg in Bayern und reist durch Deutschland und organisiert Kundgebungen gegen die Islamisierung unter dem Banner der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) ([paxeuropa.de/](http://paxeuropa.de/)), die behauptet, „die Werte und Freiheiten des Westens zu verteidigen und gegen die Islamisierung Europas zu kämpfen“.

Im vergangenen Jahr erklärte der Verfassungsschutz das Magazin *Compact*, das eine Auflage von 40.000 Exemplaren hat und während der Migrationskrise eine Auflage von 85.000 Exemplaren erreichte, und dessen Chefredakteur Jürgen Elsässer ist, zum Verdachtsfall.



**Anmerkung:**

Welche Leute Verfassungsrichter sind, beispielsweise in Mecklenburg Vorpommern eine eingefleischte ehemalige SED-Kommunistin,



die sogar bei Antifa-Aufmärschen mitmarschiert, erfährt man auf der Webseite [Akte Borchardt](#). Solche Leute wären gut beraten, sich selbst zu beobachten.

**02) Hans-Georg Maaßen: 90 Prozent der deutschen öffentlich-rechtlichen Medienjournalisten sind grün und links**

18. 05. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Tünde Volf-Nagy interviewte Hans-Georg Maaßen in der Sendung *Vasárnap* *Újság* von Radio Kossuth.

Hans-Georg Maaßen war bis 2018 Chef des deutschen Geheimdienstes (Bundesverfassungsschutz), wurde aber abgelöst, weil er es wagte zu bestreiten, dass rechtsextreme Gruppen in Chemnitz Jagd auf Migranten machten.

Die Lage in der Stadt eskalierte, nachdem eine irakisch-syrische Gruppe einen Mann auf offener Straße erstochen hatte, doch die deutsche Presse „fürchtete“ um die Migranten.

Hans-Georg Maaßen wird bei der Bundestagswahl im September erneut als CDU-Kandidat antreten. Aber nicht jeder in seiner Partei ist darüber glücklich. Maaßen sagt, es sei traurig, dass einige seiner Parteikollegen meinen, in der CDU müssten alle links sein.

Maaßen bekennt sich zum Beispiel auch in der Frage der Migration zu konservativen Werten, obwohl er es vorzieht, sich als Realist zu bezeichnen.

„Ich bin nicht gegen Migration, solange wir Menschen helfen, die Hilfe brauchen. Aber ich bin entschieden gegen eine Politik, die politisch sinnlose Migration ohne jede Richtung und Kontrolle fördert. Ich glaube daher, dass eine strikte Kontrolle der Migration das Leitprinzip ist. Das ist übrigens das, was das Gesetz sagt“, sagte er.

Maaßen sagte, dass viele Menschen mit ihm übereinstimmen, aber eines der Hauptprobleme sei, dass diese Stimmen in den Medien nicht gehört werden, denn in Deutschland sind die Journalisten größtenteils grün und linkslastig.

„90 Prozent der jungen Journalisten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen identifizieren sich als grün und links,“ so Maaßen.

Seiner Meinung nach hätten Ungarn und andere Länder zwar dazu beigetragen, die Migration zu reduzieren, doch Deutschland tue nicht viel, um die Situation in den Griff zu bekommen, da immer noch jeden Tag Hunderte von Menschen in Deutschland kämen, um den Flüchtlingsstatus zu beantragen.

Die Situation auf Lampedusa und im Mittelmeer sei eine ernste Bedrohung für die Migrationspolitik.

Zum Kampf um die Kanzlerschaft in seiner Partei sagte er, Laschets Kandidatur habe tatsächlich dazu geführt, dass einige Leute ausgetreten seien, weil Laschet Merkels Politik fortsetzen würde, während viele einen Richtungswechsel wollten. Wer realistische und konservative Werte vertritt, habe im Moment wenig Alternativen, aber er würde sich wünschen, dass die CDU zu diesem Profil zurückkehrt.

Das Wichtigste sei jedoch, zu verhindern, dass die Grünen Kanzler werden oder die Wahlen gewinnen.

Dies wäre seiner Ansicht nach ein Schritt in Richtung Sozialismus. Er fügte hinzu, dass er ein großer Befürworter von Europa ist, weil wir unsere Unabhängigkeit, unsere Identität und den Frieden am besten gemeinsam bewahren können und die Zusammenarbeit sehr wichtig ist. Er sei jedoch gegen ein zentralisiertes Europa.

„Die europäische Bürokratie hat in den letzten zehn Jahren mehrfach versagt: in der Migrationspolitik, bei der Rettung des Euro, bei der Beschaffung von Impfstoffen. Viele

Entscheidungen sollten an die Nationalstaaten zurückgegeben werden, weil sie vor Ort viel besser gelöst werden können als von einer zentralen Bürokratie in Brüssel, die auf einer Planwirtschaft basiert“, sagte er.

Quelle: [origo.hu](http://origo.hu) / [Magyar Nemzet](http://MagyarNemzet)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

### 03) Pogrom-Stimmung gegen Juden in Deutschland: „Israelhassern die Tür zeigen“

17. 05. 2021



Bildquelle: *Philosophia Perennis*

**In Deutschland wird auf der Straße wieder Israel- und Judenhass ausgelebt. Bei 25 militanten und teils gewalttätigen Demonstrationen bundesweit kam es zu Ausschreitungen gegen die Polizei. Ein Gastbeitrag von Richard Abelson.**

»Tausende Demonstranten, häufig mit migrantischem Hintergrund, zogen am Samstag durch deutsche Großstädte und skandierten dabei sowohl israel- wie auch judenfeindliche Parolen«, berichtet die *Welt am Sonntag*. »In Köln, Hamburg und Berlin riefen Demonstranten 'Israel Kindermörder', in Leipzig skandierten Teilnehmende ‚Scheißjuden‘.«

#### **Berlin Neukölln als Brennpunkt**

In Berlin-Neukölln sei es zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, so die *WamS*: »Nachdem die Polizei gegen 16 Uhr ankündigte, die Demonstration wegen Verstöße gegen die Hygieneauflagen aufzulösen, widersetzte sich ein Pulk aus Teilnehmern, entzündete Böller und warf Flaschen in Richtung Polizei.« Am frühen Abend sei die Gewalt noch weiter

eskaliert, so *WamS*, »es flogen Pflastersteine, die auch Teilnehmer des Aufmarsches und Pressevertreter verletzten.«



Der Bundessprecher der AfD Jörg Meuthen schrieb dazu in einem Gastbeitrag in [Israel National News](#): »Wir sind wütend und schockiert über Berichte von antisemitischen Ausschreitungen und Flaggenverbrennungen auf deutschen Straßen. Das ist das Ergebnis einer deutschen Politik, die ‚beiden Seiten‘ die Schuld gibt, und einer missratenen Einwanderungspolitik, die jüdisches Leben in Deutschland in Gefahr bringt. Die Bundes- und Landesregierungen müssen unverzüglich mit aller Härte des Gesetzes reagieren, und jedem die Tür zeigen, der meint, nach Deutschland kommen zu können, um Antisemitismus zu verbreiten und gegen Israel zu hetzen.«

### **Ende der deutschen Finanzierung der „Palästinenser“**

Es mehren sich die Stimmen, die ein Ende von deutscher und europäischer Finanzierung der »Palästinenser« fordern. Laut *WamS* stammten »Teilnehmer wie auch Organisatoren der verschiedenen Demonstrationen aus dem Spektrum der palästinensischen Terrororganisationen wie der Hamas und PFLP, sowie der islamistischen Muslimbruderschaft.«

Deutschland ist mit [169 Millionen Dollar 2019](#) weltweit der größte Unterstützer der »Flüchtlingsbehörde« UNRWA, die in Gaza eng mit der Hamas verbunden ist und viele Hamas-Mitglieder bezahlt. Von der EU erhielt die UNRWA 2019 außerdem 130 Mio. Dollar. Die terroristische Volksbefreiungsfond PFLP hängt laut [NGO Monitor](#) mit NGOs zusammen, die [aus Deutschland, der EU](#) und den [Parteistiftungen der »Grünen«](#) und »Linken« finanziert werden.

### **Millionen Euro an Spenden**

In Deutschland sammeln »Hilfsorganisationen« wie [Islamic Relief](#) und [Ansaar International](#), die laut Kritikern mit der Muslimbruderschaft und deren Gaza-Ableger Hamas zusammenhängen, Millionen Euro an Spenden. Der sogenannte [Zentralrat der Muslime](#), der bis in die höchsten Weihen der deutschen Politik tätig ist, soll laut der [SPD-Islamexpertin Sigrid Herrmann-Marschall](#) auch zum Netzwerk der Muslimbruderschaft in Deutschland gehören. Diverse Ableger der Muslimbruderschaft erhalten außerdem [EU-Förderung](#) für den »[Kampf gegen Rassismus](#)« und »[gegen Islamophobie](#).«

»Die Angriffe der Hamas auf Israel werden durch die blauäugigen Zahlungen aus dem Ausland – nicht zuletzt aus Deutschland – erst möglich,« schrieb [Air Türkis auf Tichys Einblick](#). »Das will man bis dato auch nicht ändern. So bleiben alle Bekenntnisse pure Heuchelei.«



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

#### **04) Grünes Parteiprogramm: keine Politik für Deutschland, dafür durchlässigere Grenzen**

16. 05. 2021



Illegale Migranten aus Afrika warten darauf, von ihrem Gummiboot auf das Schiff der spanischen NGO Proactiva Open Arms umzusteigen - Foto: MTI

Eine düstere Zukunft bahnt sich für Deutschland, und wohl auch Europa, an, sollten die Grünen dort, wie momentan zu erwarten ist, in die Regierung kommen oder gar die nächste Kanzlerin stellen. Denn neben einer aggressiven Verbotspolitik zulasten des Mittelstandes, wird auch das Flüchtlingsthema vollends ausgeschlachtet. So sehr, dass die Basis der Partei nun [sogar eine Nachschärfung des Parteiprogrammes forderte](#), die es in sich hat.

## „Wünsch dir was“ für Flüchtlinge

Geht es nämlich nach den Wünschen der Öko-Kommunisten, soll im Parteiprogramm der Punkt „Außengrenzen sichern“ zu „Außengrenzen durchlässig machen“ werden. Bedeutet konkret, dass sich sogenannte Flüchtlinge (und alle anderen Migranten der dritten Welt, die nach Europa kommen) künftig aussuchen dürfen, in welches EU-Land sie gerne reisen möchten bzw. von welchen sie aufgenommen werden wollen. Auch gegen Migrationsdeals wie mit der Türkei spricht man sich aus. Die Grenzen sollen eben so durchlässig wie möglich werden, freilich nur für Ausländer, wie Corona eindrucksvoll zeigte.

## Wort „Deutschland“ streichen

Neben einem radikalen Klimaverbotswahn, der unter anderem eine Verteuerung von Kurzstreckenflügen und dem Stopp von Autobahnausbauten vorsieht, will man aber auch gegen die eigene Kultur und das Land vorgehen, eben Grüne Politik betreiben:

Denn das Wort „Deutschland“ soll aus dem Titel des Wahlprogramms der Grünen gestrichen werden. Bislang ist das Dokument übertitelt mit: „Deutschland. Alles ist drin.“ Mehr als 300 Parteimitglieder hatten einen Änderungsantrag eingebracht, um zukünftig nur noch mit dem Slogan „Alles ist drin“ zu werben. Die Begründung: Man mache keine Politik für Deutschland, sondern für die „Würde und Freiheit des Menschen“.

## 05) Grüne Agenda = globalistische Agenda

Von Álvaro Peñas

\_18. 05. 2021



Foto: El Correo de España

Politischer Umweltschutz wurde oft als Tarnung benutzt, als ein akzeptables Banner, unter dem sich Ideen versteckten, die sehr wenig mit Umweltschutz zu tun hatten und sicherlich viel weniger akzeptabel waren. Während des Kalten Krieges, als die UdSSR und die kommunistischen Länder allenthalben die Umwelt verschmutzten und alle Arten von Atomtests durchführten, umarmten die westlichen kommunistischen Parteien den radikalen Umweltschutz und Pazifismus und prangerten die dem kapitalistischen System innewohnende Zerstörung des Planeten an. Sie waren die sogenannten Wassermelonen-Umweltschützer: außen grün, innen rot. In Westdeutschland, der Wiege der wichtigsten grünen Partei in Europa, hat die DDR-Geheimpolizei Stasi die grüne Bewegung erfolgreich unterwandert. Der berühmteste Fall war der von Dirk Schneider, Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, der 1983 eine Parteidelegation in die DDR leitete. Unter seinem Einfluss und dem anderer Unterwanderer wie ihm positionierten sich die Grünen für die DDR und gegen die deutsche Wiedervereinigung als „Bedrohung des Friedens“. Im Oktober 1991 wurde Schneider denunziert, weil er 10 Jahre lang unter dem Decknamen Ludwig als Stasi-Spitzel gearbeitet hatte. 2016 gaben die Grünen eine Studie bei den Historikern Jens Gieseke und Andrea Bahr in Auftrag, um die Präsenz von Stasi-Agenten in ihrer Organisation zu klären. Nach Ansicht der Partei haben die etwa zwanzig Infiltratoren ihre Ziele nicht erreicht, was angesichts der Haltung der Grünen zur DDR und der enormen programmatischen Übereinstimmung mit Die Linke, den Erben des Realsozialismus, eher fragwürdig ist, zumal die Plakate, die diesen Artikel illustrieren und den diesjährigen Kongress der Grünen Jugend mit dem Slogan „Viele Kämpfe, ein Kampf“ ankündigen, an die Propagandaplakate der Sowjetunion erinnern, die den Weg „zum Sozialismus“ markierten.

Allerdings verkauft sich das sowjetische oder Stasi-Modell in der heutigen Welt nicht sehr gut, der Umweltschutz schon. Nach den neuesten Umfragen sind Bündnis 90/Die Grünen und ihre Kandidatin Annalena Baerbock die führende Partei in Deutschland mit 27–25% Wahlabsicht, zwischen einem und drei Punkten mehr als die Konservativen der CDU/CSU (24%), gefolgt von den Sozialdemokraten (13%), den Liberalen (12%), den Patrioten der Alternative für Deutschland (11%) und Die Linke (7%). Diese Umfragen sind sehr wichtig, weil im September nächsten Jahres die Wahlen zum Bundestag stattfinden werden. Für das plötzliche Wachstum der Grünen gibt es zwei Gründe. Erstens die Schwäche der Partei von Angela Merkel, der CDU, mit einer großen Führungskrise und übersät mit Korruptionsfällen. Nach den Umfragen wird mehr als die Hälfte ihrer Wähler von 2017 sie 2021 nicht mehr unterstützen, und 16% werden die Grünen wählen. Zweitens, was zweifellos der Hauptgrund für diese erneute Sympathie in der Bevölkerung ist: die ungezügelter Unterstützung der deutschen Medien für Baerbock, obwohl ihr die Erfahrung außerhalb der Parteipolitik fehlt. Die Medien haben die grüne Kandidatin nicht nur gelobt, sondern einige, wie der Tagesspiegel, haben sogar darauf hingewiesen, dass die deutsche Bevölkerung vielleicht noch nicht reif für jemanden ihres Formats sei.

Diese mediale Unterstützung macht Sinn, wenn man sich die grüne Politik anschaut, die eines der wichtigsten Arbeitspferde der Agenda 2030 und des Globalismus ist. Wir müssen uns nur anschauen, wie die UN und andere internationale Institutionen sich Phänomenen wie „Fridays for Future“ und ihrer Prophetin Greta Thunberg zugewandt haben. Unter dem Vorwand der Ökologie werden Gesetze zum Klimawandel verabschiedet, wie gerade in Spanien und Frankreich geschehen, die zu Arbeitslosigkeit, Steuererhöhungen, Deindustrialisierung und dem Verlust unserer Energieunabhängigkeit führen werden, oder, was dasselbe ist, zum Verlust der nationalen Souveränität, die das Hauptziel der globalistischen Politik ist. Aber das ist nicht der einzige Punkt, in dem die grüne Agenda und die globalistische Agenda, die ansonsten alle Mantras des Progressivismus und der Vielfalt teilt, übereinstimmen; beide machen gemeinsame Sache zugunsten der Masseneinwanderung.



Annalena Baerbock · Fotoquelle: El Correo de España

Die deutschen Grünen, wie auch die Mainstream-Medien, scheinen all die Integrations- und Wirtschaftsprobleme (laut Regierung betrogen die Kosten für Deutschland im Jahr 2018 23 Milliarden Euro), die durch den Massenzustrom von Migranten im Jahr 2015 verursacht wurden, nicht zu bemerken. Doch das ist für Baerbock, die noch mehr Migrantenkontingente für Deutschland fordert, Nebensache: „Wir brauchen dringend zusätzliche Kontingente. Dutzende von (deutschen) Kommunen sind bereit.“ Und auch für Europa gilt: „Flüchtlingskontingente sollten so schnell wie möglich in der EU verteilt werden, um dort Asylverfahren durchführen zu können.“ Andere Mitglieder ihrer Partei haben ähnliche Aussagen gemacht. Michael Kellner, Politischer Bundesgeschäftsführer, schrieb auf Twitter: „Wenn die EU der europäischen Idee verpflichtet bleiben will, dann ist Solidarität gefragt. Die Flüchtlinge auf den griechischen Inseln müssen evakuiert werden. Deutschland sollte vorangehen und auch an den europäischen Außengrenzen Flüchtlinge aufnehmen.“ Die Grüne Jugend ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat gefordert, EU-Gelder für Fähren zum Transport von Migranten aus Afrika zu verwenden, anstatt sie für eine Grenzschutzagentur wie Frontex auszugeben. Zu diesem Pro-Immigrations-Eifer fügen die Grünen noch ihre Klimahysterie hinzu und entwarfen 2020 einen Vorschlag, wonach Deutschland in Zukunft 150 Millionen Klimaflüchtlinge aufnehmen soll. Eine Forderung, in der sie mit Fridays for Future übereinstimmen: „Das europäische Vorgehen in Griechenland ist unmenschlich. In einer Welt, in der die Industrieländer aufgrund der Klimakrise immer mehr Menschen zur Flucht zwingen, brauchen wir eine klare Einhaltung der Grundrechte.“

In Europa folgen die Grünen dem gleichen Trend wie ihre deutschen Unterstützer und führten im Europäischen Parlament eine Kampagne unter dem Titel „Europa heißt willkommen“, in der sie auf mehr als 500 Städte und Gemeinden hinwiesen, die bereit sind, mehr Migranten aufzunehmen. Ein weiteres Land mit einer starken grünen Präsenz ist Schweden, wo die Grünen Teil der Regierung sind. Ihre Sprecherin und derzeitige Ministerin für Gleichstellung und Wohnungsbau, Märta Stenevi, machte am 1. April eine kontroverse Aussage, in der sie sagte, dass weiße, im Land geborene Schwedinnen zur Seite treten sollten, damit Frauen aus ausländischen Minderheiten Schweden regieren könnten. Es scheint, dass sie sich nicht zu den weißen Schwedinnen zählt, obwohl sie eine ist; sie ist hingegen noch nicht von ihrem Amt zurückgetreten. Bei all dieser endophoben Rhetorik, die so typisch für die Linke ist, muss ein anderer Schwede erwähnt werden, Lars Ahlfors,

Vorsitzender der Grünen in Eslöv, einer Stadt mit 20.000 Einwohnern in Südschweden, der sagte, dass die Schweden, wenn sie den Multikulturalismus nicht mögen, ihn verlassen sollten. Die Partei entschuldigte sich später und behauptete, es sei eine „ironische“ Aussage gewesen. In Spanien ist der Vertreter der grünen Linie EQUO, eine 2011 gegründete Partei, die bei den verschiedenen Wahlen in Koalition mit Izquierda Unida und Podemos angetreten ist, aber 2019 die lila Koalition verlassen hat, um sich der Partei von Iñigo Errejón, Más Madrid, und Compromis anzuschließen. Más Madrid will nach ihren guten Wahlergebnissen bei den Gemeindewahlen von Madrid den Fehdehandschuh des deutschen Modells aufnehmen und eine „grüne Welle“ anführen. Eine perfekte Tarnung und eine clevere Strategie für die gleichen Ideale, bei denen Podemos stagniert, aber grün angemalt und vielleicht weniger beängstigend. Der Wassermelonen-Umweltschutz hat nicht aufgehört zu existieren, er hat sich einfach der Zeit angepasst und will uns nicht zur Diktatur des Proletariats führen, sondern zur Diktatur der Eliten.



### **Álvaro Peñas**

Als leidenschaftlicher Geschichtsinteressierter und eingefleischter Reisender kennt er die Länder Osteuropas, die er häufig bereist, und deren politische Situation er dank seiner Kontakte mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien vieler dieser Länder gut kennt.

## **El Correo de España**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*